



Als die Nazis vor 75 Jahren in Berlin ihre Propagandaausstellung »Das Sowjetparadies« zeigten, entschlossen sich Antifaschisten, dagegen vorzugehen. Der vor 100 Jahren geborene Werner Steinbrinck war einer von ihnen. Von Cristina Fischer

SEITEN 12/13



ILLUSTRATION JW

Die Helden sind frei!

USA: Der puertoricanische Unabhängigkeitsaktivist Oscar López Rivera und die Whistleblowerin Chelsea Manning wurden aus dem Gefängnis entlassen. **Von Jürgen Heiser**

In den USA gelangte am Mittwoch Chelsea Manning in Freiheit und in Puerto Rico Oscar López Rivera. Beide waren politische Gefangene der US-Regierung. Die Entlassung der Whistleblowerin und des puertoricanischen Unabhängigkeitskämpfers hatte Barack Obama als scheidender US-Präsident im Januar zum Ende seiner Amtszeit im Rahmen seines Gnadenrechts verfügt. Beide wurden von begeisterten Unterstützern empfangen. Vor ihnen liegt jeweils ein Mammutprogramm, das in diesen Tagen zu ihren Ehren veranstaltet wird.

Für viele Menschen auf diesem Planeten sind sie Helden, die nie hätten eingesperrt werden dürfen. Mannings mutige Offenlegung von 700.000 Geheimdokumenten über US-Kriegsverbrechen hatten den Blick der Weltöffentlichkeit auf die verheerenden Kriege in Irak und Afghanistan ge-

schärft. Die Militärjustiz verhängte gegen Manning 35 Jahre Haft. López, verurteilt zu 70 Jahren Freiheitsstrafe wegen »aufrührerischer Verschwörung gegen die US-Regierung«, hatte durch seinen beharrlichen Widerstand gegen Washingtons Kolonialpolitik auch in den 36 Jahren seiner Gefangenschaft die Hoffnung auf die Unabhängigkeit seiner karibischen Heimat Puerto Rico genährt. Dort und in Ländern wie Kuba und Venezuela gilt er als vorbildlicher Freiheitskämpfer.

Mannings Freilassung nach sieben Jahren aus einem US-Militärgefängnis in Kansas fiel auf den »Internationalen Tag gegen Homophobie«. Als erste Transfrau hatte die Soldatin in der Militärhaft juristisch und mit Hungerstreiks einen beispielhaften Kampf für ihre Geschlechtsangleichung geführt und war in reinen Männergefängnissen »mit unvorstellbarer Gewalt konfrontiert worden«, wie ihr Anwalt Chase Strangio erklärte. Nun könne sie jedoch in Freiheit selbstbestimmt ihren Weg gehen, sagte ihre Verteidigerin Nancy Hollander gegenüber Medien. Laut der britischen *Sun* erklärte Mannings walisische Mutter Susan, sie sei stolz auf ihre Tochter und habe nur eine Botschaft an sie: »Go, girl!«

Entsprechend feierte eine breite Bewegung aus Frauen-, LGBT (Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle)- und Antikriegsgruppen in 22 Städten von Neuseeland über die USA bis nach London und Berlin. In Israel verbanden Gruppen von »Refuseniks« (Kriegsdienstverweigerern) und Friedensorganisationen ihre Veranstaltung mit Solidaritätserklärungen für die palästinensischen Gefangenen, die seit einem Monat im Hungerstreik sind. Wikileaks-Gründer Julian Assange bezeichnete laut *dpa* die Frei-

lassung der Whistleblowerin als »heldenhaften Sieg«. Er könne es »kaum erwarten, sie zu treffen«. Katja Kipping, Kovorsitzende der Partei Die Linke, schloss sich den Worten des Vietnam-Whistleblowers Daniel Ellsberg an, wonach Mannings Freilassung »ein Geschenk an die Welt« sei.

Der heute 74jährige Oscar López trat gestern nachmittag (Ortszeit) im Universitätsviertel der puertoricanischen Hauptstadt San Juan als Hauptredner einer Großkundgebung mit anschließendem Konzert auf. In der jubelnden Menge waren viele Studenten, die derzeit gegen fatale Kürzungen des Hochschulhaushalts streiken. Der Empfang von López entwickelte sich zu einer starken Manifestation der Unabhängigkeitsbewegung gegen Washingtons Finanzdiktat über das von der Staatspleite geplagte Land.

Der heute 74jährige Oscar López trat gestern nachmittag (Ortszeit) im Universitätsviertel der puertoricanischen Hauptstadt San Juan als Hauptredner einer Großkundgebung mit anschließendem Konzert auf. In der jubelnden Menge waren viele Studenten, die derzeit gegen fatale Kürzungen des Hochschulhaushalts streiken. Der Empfang von López entwickelte sich zu einer starken Manifestation der Unabhängigkeitsbewegung gegen Washingtons Finanzdiktat über das von der Staatspleite geplagte Land.

Der heute 74jährige Oscar López trat gestern nachmittag (Ortszeit) im Universitätsviertel der puertoricanischen Hauptstadt San Juan als Hauptredner einer Großkundgebung mit anschließendem Konzert auf. In der jubelnden Menge waren viele Studenten, die derzeit gegen fatale Kürzungen des Hochschulhaushalts streiken. Der Empfang von López entwickelte sich zu einer starken Manifestation der Unabhängigkeitsbewegung gegen Washingtons Finanzdiktat über das von der Staatspleite geplagte Land.

Der Fisch stinkt vom Kopf her

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen VW-Vorstandsvorsitzenden Matthias Müller

Jetzt hat es auch den Boss erwischt. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelte gegen den VW-Vorstandsvorsitzenden Matthias Müller wegen des Verdachts auf Marktmanipulation, meldete *dpa* am Mittwoch. Geklärt werden soll, ob die Anleger rechtzeitig über die Folgen der Dieselmanipulationen informiert worden sind. Die Anklagebehörde sprach von einem »Anfangsverdacht«.

Es geht dabei um Müllers Tätigkeit für die Porsche-Dachgesellschaft und Volkswagen-Hauptaktionärin Porsche SE. Dort sitzt der Manager seit

2010 im Vorstand. Auch gegen VW-Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch sowie Müllers Vorgänger an der VW-Spitze, Martin Winterkorn, leiteten die Stuttgarter Ermittler Untersuchungen ein. Anlass sei eine Strafanzeige der Finanzaufsicht Bafin vom Sommer 2016, gab die Behörde bekannt. Es bestche »der Anfangsverdacht«, dass die Manager den Anlegern die finanziellen Konsequenzen der VW-Dieselfaffäre für die Porsche SE »bewusst verspätet mitgeteilt« hätten.

Die Porsche SE nannte den Vorwurf unbegründet, sie habe ihre »kapital-

marktrechtlichen Publizitätspflichten ordnungsgemäß erfüllt«. Die Beteiligungsgesellschaft hält 52,2 Prozent der Stimmrechte der Stammaktien an Europas größtem Autobauer Volkswagen.

Herbert Behrens (Die Linke), Vorsitzender des Abgasuntersuchungsausschusses im Bundestag, erklärte am Mittwoch gegenüber *jW*: »Die Ermittlung gegen die VW-Spitze überraschen mich überhaupt nicht.« Es sei kein Geheimnis, dass die Topmanager früh über drohende Probleme informiert waren, über die systematischen Manipulationen seien sie ohnehin im

Bilde gewesen. »Es sagt jedoch viel über den geltenden Rechtsrahmen aus, wenn Marktmanipulationen unterschiedener nachgegangen wird als den Abgasmanipulationen selbst«, so Behrens. Anlegerschutz habe offensichtlich einen deutlich höheren Stellenwert als Verbraucher- und Gesundheitsschutz, und das sei völlig inakzeptabel. Verbraucher müssten umgehend ihre Ansprüche über Musterfeststellungsklagen geltend machen können. Diese Möglichkeit haben Aktionäre schon seit langem.

Simon Zeise

Ungarn nimmt Horst Mahler in Abschiebehaft

Budapest. Das Stadtgericht in Budapest hat am Montag den aus Deutschland geflüchteten Neonazi und Holocaustleugner Horst Mahler in vorläufige Abschiebehaft genommen. Zugleich stellte die Richterin fest, dass der von der Staatsanwaltschaft in München ausgestellte Europäische Haftbefehl gegen Mahler kleinere Unstimmigkeiten enthält. Die deutsche Justiz hat nun eine Frist von 40 Tagen zur Klärung. Mahler nahm die Entscheidung des Gerichts zur Kenntnis. Diese erlangte damit Rechtskraft. Der 81jährige war am Montag in der nordwestlichen Grenzstadt Sopron von der ungarischen Polizei festgenommen worden.

Vor Gericht sagte Mahler am Montag, er habe Ungarns Premier Viktor Orbán um politisches Asyl gebeten. Die Richterin erklärte aber, dass dem dafür zuständigen Einwanderungsamt kein Asylgesuch des ehemaligen Anwalts vorliegt.

(dpa/jW)

Bundeswehr-Kontakte zur »Identitären Bewegung«?



Berlin. Bei der Durchsuchung aller Kasernen der Bundeswehr sind weitere Gegenstände der Wehrmacht gefunden worden. Diese seien aber nicht vergleichbar mit den im französischen Illkirch gesammelten Devotionalien, sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Mittwoch in Berlin. Zugleich wurden im Zuge der Affäre um den Oberleutnant Franco Albrecht Disziplinarverfahren gegen zwei frühere Vorgesetzte des mittlerweile inhaftierten Soldaten eingeleitet. Das erfuhr die Nachrichtenagentur *dpa* aus Kreisen des Verteidigungsausschusses des Bundestages am selben Tag. Außerdem untersuche der Militärische Abschirmdienst (MAD) mögliche Kontakte zur extrem rechten »Identitären Bewegung«. Dabei würden unter anderem vier Studenten der Universität der Bundeswehr in München in den Blick genommen.

(dpa/jW)

Constituyente oder Krieg
 Venezuelas Regierung setzt auf Verfassunggebende Versammlung, Opposition auf Sturz Maduros

Blood and Bundesamt
 NSU-Prozess: Neue Beweisanträge zu »Blut und Ehre«-Netzwerk und staatlichen Akteuren

Erdogan und Trump
 »Historischer Gipfel« dauerte zwanzig Minuten. Kurdische und armenische Demonstranten verprügelt

jW wird herausgegeben von 2.041 Genossinnen und Genossen (Stand 28.4.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

